

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, Dorothee Bär, Günter Baumann, Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Gitta Connemann, Dr. Stephan Eisel, Reinhard Grindel, Monika Grütters, Manfred Grund, Uda Carmen Freia Heller, Bernd Heynemann, Christian Hirte, Robert Hochbaum, Susanne Jaffke-Witt, Dr. Peter Jahr, Dr. Hans-Heinrich Jordan, Jens Koeppen, Manfred Kolbe, Hartmut Koschyk, Michael Kretschmer, Dr. Günter Krings, Andreas G. Lämmel, Katharina Landgraf, Dr. Michael Luther, Maria Michalk, Philipp Mißfelder, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Beatrix Philipp, Eckhardt Rehberg, Katherina Reiche (Potsdam), Dr. Norbert Röttgen, Peter Rzepka, Ingo Schmitt (Berlin), Michael Stübgen, Antje Tillmann, Volkmar Uwe Vogel, Andrea Astrid Voßhoff, Marco Wanderwitz, Kai Wegner, Karl-Georg Wellmann, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU**

**sowie der Abgeordneten Klaas Hübner, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), Doris Barnett, Klaus Barthel, Klaus Uwe Benneter, Petra Bierwirth, Volker Blumentritt, Dr. Gerhard Botz, Dr. Peter Danckert, Detlef Dzembritzki, Siegmund Ehrmann, Rainer Fornahl, Iris Gleicke, Monika Griefahn, Wolfgang Grotthaus, Wolfgang Gunkel, Hans-Joachim Hacker, Petra Heß, Stephan Hilsberg, Iris Hoffmann (Wismar), Ulrich Kasparick, Christian Kleiminger, Ernst Kranz, Angelika Krüger-Leißner, Dr. Uwe Küster, Ute Kumpf, Dirk Manzewski, Markus Meckel, Petra Merkel (Berlin), Marko Mühlstein, Detlef Müller (Chemnitz), Thomas Oppermann, Christoph Pries, Mechthild Rawert, Steffen Reiche (Cottbus), Maik Reichel, Christel Riemann-Hanewinckel, Silvia Schmidt (Eisleben), Carsten Schneider (Erfurt), Reinhard Schultz (Everswinkel), Swen Schulz (Spandau), Rolf Schwanitz, Dr. Margrit Spielmann, Jörg-Otto Spiller, Dr. Ditmar Staffelt, Andreas Steppuhn, Jörg Tauss, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Simone Violka, Jörg Vogelsänger, Dr. Marlies Volkmer, Andreas Weigel, Petra Weis, Gunter Weißgerber, Engelbert Wistuba, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**

**– Drucksache 16/10454 –**

**Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die weitergeführten Reformen, gefördert durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung und die konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrages hat der Aufbau Ost gute Fortschritte gemacht. Dies wird im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2008 deutlich. Die ostdeutschen Länder sind insgesamt vorangekommen. Es hat sich ausgezahlt, dass sich die Koalition zur Einhaltung des Solidarpaktes II von insgesamt 156 Mrd. Euro bekannt hat, insbesondere die Investitionsförderung für Ostdeutschland fortsetzt und durch gezielte Forschungs- und Innovationsförderung die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Ostdeutschland stärkt. Es liegt im Interesse des ganzen Landes, die teilungsbedingten strukturellen Unterschiede zu überwinden. So wird der Aufbau Ost zu einem Gewinn für alle und stärkt den Standort Deutschland.

Die Jahre 1989 und 1990 bilden in der deutschen Geschichte Höhepunkte im Ringen um Freiheit, Demokratie und Einheit. 20 Jahre nach dem Untergang der kommunistischen Diktatur durch die friedliche Revolution in der DDR bietet sich die Gelegenheit, die ostdeutsche Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in umfassender Weise als Teil der deutschen und der europäischen Geschichte zu begreifen, ihre Wirkung auf unsere Gegenwart zu verstehen und diese Erkenntnisse für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen. Es wurden wesentliche Verbesserungen für SED-Haftopfer, für die in die ehemalige DDR entlassenen Spätheimkehrer und für die Zwangsverschleppten jenseits von Oder und Neiße erreicht. Die historisch-wissenschaftliche und politisch-moralische Aufarbeitung des DDR-Unrechts, gestärkt durch die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, wird fortgesetzt und in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes ein besonderes Augenmerk auf die weitere Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Gedenken an ihre Opfer gelegt.

Fortschritte wurden in Ostdeutschland beim Abbau der überproportional hohen Arbeitslosigkeit erreicht. Ostdeutschland weist inzwischen die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991 auf. Erfreulich ist auch, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent gestiegen ist. Durch die Teilhabe am Arbeitsleben haben die Menschen wieder Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, können neuen Mut fassen und mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen. Die für viele Menschen spürbare positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hängt unmittelbar mit der erfolgreichen Politik der letzten Jahre zusammen. Bei diesen Anstrengungen darf jetzt nicht nachgelassen werden, denn die Arbeitslosenquote ist – trotz der Fortschritte – immer noch doppelt so hoch wie in den westdeutschen Ländern.

Beim Aufbau einer leistungsfähigen, modernen und dynamischen Wirtschaft sind wichtige Fortschritte gemacht worden. Die industrielle Basis ist in Ostdeutschland weiter gewachsen. In einigen Regionen haben sich expandierende Wachstumskerne gebildet, die positiv auf die allgemeine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ausstrahlen. Das Verarbeitende Gewerbe in den ostdeutschen Ländern wuchs mit 9,9 Prozent im Jahr 2007 erneut stärker als in den westdeutschen Ländern. Dabei stieg auch die Exportquote weiter. Infolge dieser Entwicklung ist hier auch ein besonders deutlicher Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen. Das Verarbeitende Gewerbe konnte sich damit als Motor der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung im Osten behaupten.

Dieser sich verstetigende Trend wäre ohne die zielgerichtete und vor allem verlässliche Förderpolitik des Bundes mit den Schwerpunkten Innovation, Investition und Infrastruktur nicht möglich. So wurden mit der Investitionszulage und

der Regionalförderung durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die beiden wichtigsten Förderinstrumente für die gewerblichen Investitionen in den ostdeutschen Ländern – wie im Koalitionsvertrag zugesagt – fortgesetzt.

Angesichts der Herausforderungen durch die Finanzmarktkrise ist es notwendig, dass die Mittel für den Aufbau Ost auf dem bisherigen Förderniveau bleiben und die Investitionszulage als Basisförderung als auch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Investitionszulage über das Jahr 2009 hinaus bis zum Jahr 2013.

Eine entscheidende Grundlage für die Überwindung strukturell bedingter Nachteile bilden die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Stadtentwicklung. Dazu zählen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) ebenso wie die Städtebauförderung, der städtebauliche Denkmalschutz oder die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“. Mit dem Umsetzungsstand bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit bis Ende 2007 konnte ein wichtiger Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland geleistet werden. Von den geplanten Gesamtinvestitionen von insgesamt rund 38,5 Mrd. Euro wurden bis Ende 2007 bereits 27,4 Mrd. Euro eingesetzt. Entsprechend der Zusage des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist ein zügiger Abschluss aller noch offenen VDE-Teilprojekte anzustreben. Auch das Programm „Stadtumbau Ost“ hat sich bewährt und sollte deshalb bis 2016 fortgesetzt werden. Dabei sollen Rückbau und Aufwertung in einem ausgewogenen, städtebaulich angemessenen Verhältnis stehen.

Ferner wird es im Rahmen der Revision der TEN-Leitlinien (TEN: Transeuropäische Netze) im Jahr 2010 darauf ankommen, die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands und die dynamisch wachsenden Märkte und Metropolen Mittel- und Osteuropas sowie die Hinterlandverbindungen der deutschen Seehäfen in das transeuropäische Netz zu integrieren. Eine Möglichkeit für die Integration Deutschlands – vor allem der ostdeutschen Länder in dieses Netz – ist der Vier-Meeres-Schienenkorridor, der bei Erweiterung der bereits bestehenden TEN-Verkehrsachsen 1 und 22 die deutschen Nordseehäfen Bremerhaven und Hamburg sowie die Ostseehäfen Rostock und Saßnitz mit der Adria (Ostsee-Adria-Korridor) und dem Schwarzen Meer verbindet. Ein solcher Ansatz fördert das Zusammenwachsen von Wirtschaftsräumen zwischen den Mitgliedstaaten und stellt die Teilhabe an der Erschließung bzw. dem Wachstum der Märkte in dieser Region sicher.

Eine große Herausforderung stellt nach wie vor die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in den ostdeutschen Ländern dar. Zu begrüßen ist deshalb insbesondere die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses „Aufstieg durch Bildung“. Der im Rahmen der Gesamtstrategie in Ostdeutschland durchgeführte „Ideenwettbewerb für regionale Qualifizierungsinitiativen“ wird unterstützt und sollte auch auf andere Regionen übertragen werden. Darüber hinaus sind weitere Initiativen auch aus der Wirtschaft, etwa zur Verbesserung der Kooperation von Schule und Wirtschaft, erforderlich, damit die erforderlichen Fachkräfte zielgerichtet ausgebildet werden. Auch das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsgestaltung in ländlichen Räumen“ kann Beiträge zur Entwicklung und Umsetzung von regional ausgerichteten Handlungskonzepten leisten. Mit dem „Hochschulpakt 2020“ haben Bund und Länder die Voraussetzungen geschaffen, jungen Menschen aus ganz Deutschland hervorragende Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen anzubieten. Auch dies ist ein Beitrag zur Sicherung der Fachkräftebasis in den ostdeutschen Ländern.

Ganz entscheidend für den weiteren Aufbau Ost wird sein, die Anstrengungen bei Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung insgesamt zu intensivieren. Mit zahlreichen Programmen und Initiativen unterstützt der Bund hierbei bereits die ostdeutschen Länder. Dazu zählen neben dem Hochschulpakt, die Fortsetzung der Exzellenzinitiative, die Programme „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“ und „Zentren für Innovationskompetenz: Exzellenz schaffen – Talente sichern“, aber auch das „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2008“, der Ausbildungsbonus und der Ausbau der außeruniversitären Forschung.

Die Chancen und Perspektiven Ostdeutschlands werden insbesondere in den hoch innovativen Bereichen deutlich. Exemplarisch stehen dafür vor allem die erneuerbaren Energien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, Biotechnologie oder optische Technologien. Allerdings werden Innovationen aufgrund des Fehlens von Großunternehmen und der in ihnen angesiedelten Industrieforschung vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen. Die Innovationskraft dieser Unternehmen braucht noch Unterstützung. Die gezielte und kontinuierliche Stärkung der Innovationspotenziale kleiner und mittelgroßer Unternehmen und die Förderung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollten auch in Zukunft die Eckpfeiler der Förderpolitik der Bundesregierung bleiben. Einen wesentlichen Beitrag bei der Förderung von Forschungsprojekten im Mittelstand wird das neue Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) leisten. Mit dem ZIM werden schrittweise Förderprogramme, die sich in den ostdeutschen Ländern bewährt haben, allen Unternehmen bundesweit offen stehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Innovationsförderung in den ostdeutschen Ländern stabil bleibt und Teil des Korbs II im Solidarpaket II ist.

Die Bundesregierung hat sich im Sommer 2008 auf eine Änderung des Arbeitnehmerentwengesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes geeinigt, womit weitere branchenspezifische Mindestlöhne eingeführt werden können. Bei dem gemeinsamen Ziel, vor allem in Ostdeutschland besondere Perspektiven für künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen aufzuzeigen, sind immer auch beschäftigungspolitische Aspekte zu berücksichtigen. Wir appellieren an die Verantwortung der Tarifpartner, einerseits konkurrenzfähige Löhne und Gehälter für bundesweit orientierte Fachkräfte zu garantieren, um einer Abwanderung aus Ostdeutschland entgegenzuwirken, zugleich aber nicht die Arbeitsmarkterfolge der vergangenen drei Jahre zu gefährden.

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich als wichtigste Säule der Alterssicherung auch in den ostdeutschen Ländern bewährt. Nach knapp zwei Jahrzehnten deutscher Einheit ist es allerdings nur noch schwer zu verstehen, warum es unterschiedliche Rentensysteme in Ost und West mit den damit verbundenen unterschiedlichen Rentenberechnungen gibt. Deshalb muss eine Angleichung des Rentenrechts auf den Weg gebracht werden. Daneben ist die Bedeutung der privaten und betrieblichen Vorsorge für alle von besonderer Wichtigkeit, was aufgrund der Einkommenssituation für viele mit großen Anstrengungen verbunden ist.

Nach wie vor unternimmt die Bundesregierung enorme Anstrengungen, um die ostdeutschen Länder dabei zu unterstützen, die reichhaltige Kulturlandschaft und die vielfältigen national und international bedeutsamen Kultureinrichtungen in den ostdeutschen Ländern zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei spielen die Förderung der vielseitigen und attraktiven Kultur in der Bundeshauptstadt, der Erhalt des baulichen kulturellen Erbes durch die Förderung des Denkmalschutzes sowie die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft als einer der an wirtschaftlicher Bedeutung zunehmenden Sektoren, eine besonders wichtige Rolle. Aufgrund der besonderen geografischen Lage bieten sich für die ostdeutschen Länder vielfältige Möglichkeiten für kulturellen Austausch, Kooperationen und Dialog mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, die vor dem Hin-

tergrund der zu vertiefenden europäischen Einigung weiter gestärkt werden sollten.

Das Sportstättenanierungsprogramm „Goldener Plan Ost“ hat bei der Versorgung Ostdeutschlands mit modernen Sportstätten wertvolle Impulse gesetzt. Mit Zuschüssen des Bundes in Höhe von fast 70 Mio. Euro konnten annähernd 500 Baumaßnahmen mit Gesamtinvestitionen von rund 350 Mio. Euro durchgeführt und die Sportstätten-situation deutlich verbessert werden.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. aus Anlass der bevorstehenden Jubiläen zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und des demokratischen Neubeginns in der DDR sowie der Einheit Deutschlands mit geeigneten Veranstaltungen und Projekten die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu forcieren und die Gedenkstättenkonzeption umzusetzen;
2. die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren auf hohem Niveau zu verstetigen;
3. durch eine konsequente Umsetzung der eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Reformen einen Beitrag zu leisten, mehr Menschen schneller in Arbeit zu integrieren und dabei insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen nachhaltig zu reduzieren. Die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen in strukturschwachen Regionen verlangt nach effizienten Lösungen. Das Programm „Kommunal-Kombi“ ist hierbei ein richtiger Schritt, wobei die Förderkonditionen überprüft werden sollten. Hierbei sollte insbesondere eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums des Kommunal-Kombi-Programms über den 31. Dezember 2009 hinaus ebenso geprüft werden wie eine nächste Erprobungsstufe der erfolgreichen sog. Bürgerarbeitsmodelle. Beide Programme sind die konsequenten Umsetzungen des Prinzips „Fördern und Fordern“. Außerdem ist sicherzustellen, dass ausreichende Integrationsmittel für die Freie Förderung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch zur Verfügung stehen;
4. an die Tarifparteien zu appellieren, bestehende Spielräume für Lohnsteigerungen in Ostdeutschland unter Wahrung ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung zu nutzen und dabei sowohl auf den Erhalt von Beschäftigungsperspektiven für weniger Qualifizierte als auch auf attraktive Entlohnungsangebote für Fachkräfte zu achten;
5. die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs für regionale Qualifizierungsinitiativen auch anderen Regionen zur Verfügung zu stellen und Maßnahmen für eine bessere Auslastung solcher Qualifizierungsprogramme zu ergreifen. Auch ist die Verbesserung der Kooperation von Schule und Wirtschaft dringend erforderlich, um zielgerichtet die erforderlichen Fachkräfte auszubilden;
6. die ostdeutschen Länder weiter bei ihren Aktivitäten zur Gewinnung von Studierenden auch aus anderen (Bundes-)Ländern zu unterstützen. Im Rahmen des Hochschulpakts II muss deshalb darauf geachtet werden, dass die Summe aller Studienplätze an ostdeutschen Hochschulen trotz demographischer Entwicklung erhalten bleibt und auch für Studierende aus anderen (Bundes-)Ländern attraktiv ist. Nur so kann langfristig der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften gesichert und der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland gestärkt werden;
7. bei der geplanten Fortsetzung der von Bund und Ländern geförderten Exzellenzinitiative für die Hochschule mit den Ländern zu beraten, inwieweit neben den bisherigen Kriterien die Entwicklungsdynamik an der jeweiligen Hochschule als Entscheidungsfaktor berücksichtigt werden soll;

8. die ostdeutschen Länder beim gezielten Ausbau innovativer, organisationsübergreifender Kompetenznetze und deren Weiterentwicklung zu Exzellenz zu unterstützen und damit die Wirtschaftskraft zu stärken. Die Fortführung des Programms „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“ in einer zweiten Förderrunde ist hierfür ein wichtiger Bestandteil. Ebenso sollte die Möglichkeit der Entwicklung einer institutionellen Langfristperspektive der entstehenden Forschungs- und Kompetenzzentren geprüft werden;
9. entsprechend den Beschlüssen der Regierungsklausur in Meseberg eine stärkere Unterstützung der gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern zu prüfen;
10. die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) so anzusetzen, dass die Innovationsförderung in Ostdeutschland auch bei Öffnung einzelner bislang auf die ostdeutschen Länder beschränkter Fördererelemente auf das gesamte Bundesgebiet stabil gehalten werden kann;
11. die Voraussetzungen für eine Anmeldung der Verlängerungen der vorrangigen Transeuropäischen Verkehrsachse 1 (Messina–München–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin) über Rostock nach Skandinavien unter Anbindung von Saßnitz und der ebenfalls vorrangigen Verkehrsachse 22 (Prag–Dresden–Berlin–Rostock/Saßnitz) als Projekte bei der für 2010 geplanten Revision der TEN-Leitlinien zu schaffen;
12. das bewährte Programm „Stadtumbau Ost“ unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft, unter Berücksichtigung entsprechender Evaluierungsergebnisse sowie unter stärkerer Berücksichtigung von Bündelungsressourcen mit anderen Förderinstrumenten bis 2016 fortzusetzen, um Innenstädte und zukunftsfähige Stadtteile zu stärken und aufzuwerten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass dabei die Bundesfinanzhilfen in einem angemessenen Verhältnis für Rückbau und Aufwertung eingesetzt werden;
13. die Nutzung erneuerbarer Energien durch die Förderung von Modellprojekten in den neuen Ländern wie dem Bioraffinerie-Cluster Mitteldeutschland zu unterstützen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die bis Ende 2015 geltende steuerliche Freistellungsregelung für Biokraftstoffe der zweiten Generation bis zum Jahr 2020 verlängert werden kann;
14. mit ihrer Politik für ländliche Räume in Ostdeutschland die Voraussetzungen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Sicherstellung einer funktionierenden Daseinsfürsorge zu schaffen. Dabei müssen die verschiedenen Politikbereiche stärker als bisher miteinander verknüpft und die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Regionen mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Zukunft eigenverantwortlich zu gestalten. Die strukturellen Herausforderungen des ländlichen Raumes sind durch staatliche Unterstützung zu gestalten;
15. bei den laufenden Verhandlungen zur Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf eine Änderung der Kommissionsvorschläge zu drängen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Direktzahlungen nicht einseitig zu Lasten der ostdeutschen Betriebe gekürzt werden und die erforderliche Liquidität erhalten bleibt. Die herausgehobene Stellung der Landwirtschaft für Arbeitsplätze im ländlichen Raum, für die Fragen des Klimawandels, der Biomasseproduktion und -verarbeitung und der Artenvielfalt sind zu berücksichtigen;
16. das bestehende Berechnungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung zur Bestimmung der Altersbezüge der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner zu überprüfen und einen Vorschlag für eine Angleichung der Rentenberechnungssysteme in Ost und West zu erarbeiten;

17. den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit anlässlich des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution im Jahr 2009 rechtzeitig vor dem Ende der Legislaturperiode vorzulegen und die Berichterstattung in regelmäßigen Abständen fortzusetzen;
18. die Förderung von national bedeutsamen Kultureinrichtungen fortzuführen und dabei den weiterhin bestehenden Investitionsbedarf zu berücksichtigen. Zugleich sollte die kulturelle Substanz und ihr Erhalt in den ostdeutschen Ländern als wichtiges Potenzial für die Entwicklung der Gemeinden und Kommunen weiterhin kontinuierlich unterstützt und die Kultur- und Kreativwirtschaft als ein für Wachstum und Beschäftigung in den ostdeutschen Ländern an Bedeutung zunehmender Sektor weiter gestärkt werden.

Berlin, den 12. November 2008

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**

